

Trump & Twitter

Christian Fuchs
Digitale Demagogie
Autoritärer Kapitalismus in Zeiten von Trump und Twitter

Christian Fuchs ist ein führender kritischer Theoretiker im Bereich Gesellschaft und Kommunikation. Er ist Professor an der University of Westminster und Herausgeber der Open-Access-Zeitschrift »tripleC: Communication, Capitalism & Critique«.

Christian Fuchs

Digitale Demagogie

Autoritärer Kapitalismus
in Zeiten von Trump und Twitter

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: picture alliance/NurPhoto
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-823-1

Inhalt

Vorwort zur deutschsprachigen Ausgabe	8
Einleitung	13
1. Beispiele für die Verbreitung des rechten Autoritarismus	13
2. Aufbau und Gliederung des Buches	17
Kapitel 1: Ideologie, Nationalismus und Faschismus	20
1. Ideologie	20
2. Nationalismus	26
3. Faschismus und Kapitalismus	35
Kapitel 2: Rechter Autoritarismus und autoritärer Kapitalismus	55
1. Einleitung	55
2. Die kritische Theorie des Autoritarismus der Frankfurter Schule	55
3. Rechter Autoritarismus und autoritärer Kapitalismus	64
3.1 Charismatische Führung	68
3.2 Nationalismus	69
3.3 Das Freund/Feind-Schema	70
3.4 Militarismus und Patriarchat	74
4. Der Staat im autoritären Kapitalismus	77
5. Zusammenfassung	86
Kapitel 3: Trumpismus: Donald Trump und der autoritäre kapitalistische Staat	88
1. Wer hat Trump gewählt?	88
2. Warum hat Trump die US-Präsidentschaftswahl gewonnen?	93
3. Die Beziehung des Staats und der Wirtschaft unter Trump	102
3.1 Infrastruktur	103
3.2 Arbeit	104
3.3 Gesundheitswesen	106
3.4 Klima und Umwelt	108
3.5 Besteuerung	111

3.6 Bildung	115
3.7 Von der Millionärspolitik zur Milliardärspolitik	117
3.8 Der Staat und der Kapitalismus in anderen Teilen der Welt	120
4. Das Verhältnis des Staates zu den Bürgern:	
Bürgerrechte und staatliche Institutionen unter Trump	121
4.1 Der autoritäre Staat	121
4.2 Ist Trump ein Faschist?	123
4.3 Law & Order-Politik	135
4.4 Gegner	135
4.5 Breitbart	138
4.6 Einwanderung	142
5. Internationale Beziehungen unter Trump	145
5.1 Internationale Beziehungen 1: Handelsabkommen	146
5.2 Internationale Beziehungen 2: Außenpolitik	151
6. Schlussfolgerungen	167
Kapitel 4: Trumpologie: Donald Trumps Ideologie	169
1. Einleitung	169
2. Die vier Elemente der Trumpologie	170
2.1 Possessiver Hyperindividualismus	170
2.2 Leistungsdenken und die Ideologie der harten Arbeit	172
2.3 Die Führerideologie	172
2.4 Sozialdarwinismus und das Freund/Feind-Schema	173
3. Trump und die Medien: Soziale Medien und Twitter	174
4. Trump und die Medien: Fernsehen, Reality TV, <i>The Apprentice</i>	187
5. Schlussfolgerungen	194
Kapitel 5: Trump und Twitter:	
Die autoritäre Ideologie des Kapitalismus auf sozialen Medien	200
1. Einleitung	200
2. Methodologie der kritischen Diskursanalyse von sozialen Medien	202
3. Die Analyse von Trumps Tweets	204
3.1 Autoritarismus und Führerschaft	209
3.2 Nationalismus	214
3.3 Das Freund/Feind-Schema	217
3.4 Patriarchat und Militarismus	240
4. Schlussfolgerungen	249

Kapitel 6: Schlussfolgerungen:

Der autoritäre kommunikative Kapitalismus und seine Alternativen ... 257

1. Die wichtigsten Ergebnisse 257

2. Autoritärer Kapitalismus heute 260

3. Die Beschleunigung der Öffentlichkeit
und die Notwendigkeit von Slow Media 276

4. Autoritärer Kapitalismus und sozialistischer Humanismus 294

Literatur 300

Vorwort zur deutschsprachigen Ausgabe

Das vorliegende Werk handelt vom Aufstieg des rechten Autoritarismus und des autoritären Kapitalismus am Beispiel Donald Trumps. Trumps US-Präsidentschaft ist das deutlichste Beispiel dafür, dass der rechte Autoritarismus eine der beunruhigendsten Erscheinungen des heutigen krisengeschüttelten Kapitalismus ist. Trump ist ähnlich wie der Brexit und andere rechtsautoritäre Phänomene ein Hinweis darauf, dass die Wirtschaftskrise des Kapitalismus in politische und ideologische Krisen umgeschlagen ist.

Der Kapitalismus ist in seiner heutigen Erscheinungsform ein informationeller und kommunikativer Kapitalismus. In der Politik wird dies unter anderem an der Verwendung sogenannter »sozialer Medien« für politische Zwecke deutlich. Donald Trump als Reality-TV- und Twitter-Präsident ist dafür das beste Beispiel. Anfang April 2018 folgten ihm auf Twitter 49,9 Mio. Follower. Er postet mehrmals täglich und seine Tweets sind regelmäßig Gegenstand der Berichterstattung der Weltpresse und politischer Kontroversen. Will man den rechten Autoritarismus und den autoritären Kapitalismus verstehen, so muss man deren kommunikative Dimensionen berücksichtigen. Das vorliegende Buch präsentiert daher auch eine Analyse davon, wie rechter Autoritarismus öffentlich auf sozialen Medien, insbesondere Twitter, kommuniziert wird.

Dieses Buch wurde zuerst auf Englisch geschrieben und unter dem Titel »Digital Demagogue: Authoritarian Capitalism in the Age of Trump and Twitter« von Pluto Press im Februar 2018 veröffentlicht. Ich habe die Übersetzung ins Deutsche möglichst originaltreu gehalten. Zitate von Donald Trump auf Twitter, aus Büchern oder Interviews wurden ebenfalls ins Deutsche übersetzt. Damit sich die deutschsprachigen Leser aber einen unverfälschten Eindruck von Trumps Kommunikationsstrategie auf Twitter machen können, finden sich die englischen Original-Tweets in den Fußnoten. Zitate aus Büchern wichtiger Autoren, die im Original zuerst auf Deutsch veröffentlicht wurden, habe ich, soweit mir die Quellen zugänglich waren, nach dem deutschen Original zitiert. In anderen Fällen habe ich Zitate aus englischsprachigen Büchern und Artikeln ins Deutsche übersetzt.

»Die Gefahr der Infragestellung der Demokratie durch das Kapital [...] nimmt in Perioden wirtschaftlicher und politischer Krisen zu.« (Deppe 2013, 113) Frank Deppe beschreibt Tendenzen des Übergangs vom demokratischen zum autoritären Kapitalismus im Kontext der 2008 begonnenen Weltwirtschaftskrise. »Die Wende zum ›autoritären Kapitalismus‹ wird durch die schleichende ›Transformation der Demokratie‹ im Zeichen der neoliberalen Hegemonie im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts vorbereitet. Doch erst mit Übergang in die Große Krise seit 2008 setzt sich ein neuer Typus des autoritären Kapitalismus durch.«

lismus durch. Auf der Basis der anhaltenden ökonomischen Krisenkonstellation vollzieht sich ein Übergang zu einem transnationalen Regime [, das] [...] dazu tendiert, demokratische Verfahren und Grundrechte außer Kraft zu setzen.« (Ebd., 11)

Deppe diskutiert als Ausdruck dieser Tendenz u.a. die Tea Party in den USA, Putins Russland, China und die Lage in Indien. Diese Analyse hat sich seit 2013, als sein Buch veröffentlicht wurde, weiter bewahrheitet. Der Neoliberalismus ist in etlichen Kontexten in die Verschärfung der Tendenzen des autoritären Kapitalismus umgeschlagen. Dazu zählen zum Beispiel der Sieg Donald Trumps in der US-Präsidentenwahl, das Brexit-Referendum in Großbritannien und die sich in dessen Zuge und Folge ausbreitende Xenophobie, Erdoğan's rechtes Präsidialregime in der Türkei, Modis hindu-nationalistische Regierung in Indien sowie die fremdenfeindliche, rechts-rechte Demagogie, die sich in Europa im Kontext der politischen Panikmache im Zuge der Flüchtlingskrise zeigte und zur Stärkung des Nationalismus in u.a. Ungarn (Fidesz, Jobbik), Polen (Partei Recht und Gerechtigkeit, PiS), Tschechien (Aktion Unzufriedener Bürger), Österreich (ÖVP, FPÖ), den Niederlanden (Partei für die Freiheit), Deutschland (AfD), Schweden (Schwedendemokraten), Dänemark (Dänische Volkspartei) oder Frankreich (Front National) geführt hat.

Dieses Buch handelt von den jüngsten Entwicklungen hin zum autoritären Kapitalismus und stellt die Frage, wie die marxistische Theorie diese erklären kann. Der Fokus liegt insbesondere auf der Analyse der USA und von Donald Trump, der die wohl heute mächtigste »Charaktermaske« des autoritären Kapitalismus ist.

Dass ein Buch über den rechten Autoritarismus von Donald Trump und den USA handelt, hat damit zu tun, dass er vermutlich die im Moment mächtigste Person der Welt ist. Doch dieser Umstand sollte niemanden zur Annahme verleiten, dass es sich beim rechten Autoritarismus um rein »amerikanische Zustände« handelt und wir im deutschen Sprachraum komplett andere Verhältnisse vorfinden. Erstens sollte nicht vergessen werden, dass der Terror des Nazi-Faschismus eine historische Singularität an Barbarei darstellt, die niemals vergessen werden darf. Und zweitens sind rechtsautoritäre Kräfte auch im deutschen Sprachraum relativ weitverbreitet.

In Österreich hat die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter dem Vorsitz von zunächst Jörg Haider und später Heinz Christian Strache seit 1986 viele Wahlerfolge gefeiert. Bei den Nationalratswahlen 1999 erzielte sie 26,9% der Stimmen und wurde Juniorpartner einer Regierung gemeinsam mit der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die in unterschiedlichen Zusammensetzungen bis Januar 2007 im Amt war (die FPÖ spaltete sich in zwei Parteien, wovon eine, das Bündnis Zukunft Österreich, von 2003 bis 2007 mit der ÖVP koalierte). Im zweiten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl 2016

erreichte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer 46,2% der abgegebenen Stimmen. In der ÖVP übernahm im Jahr 2017 Sebastian Kurz die Parteiführerschaft. Kurz kommt in der durch Unterhaltungslogik geprägten Politik nicht nur wegen seines jugendlichen Auftretens wie Haider anno dazumal gut bei der Wählerschaft an, sondern auch deswegen, da seine politischen Positionen in mancher Hinsicht denen von Jörg Haider und Heinz Christian Strache kaum nachstehen. ÖVP und FPÖ bildeten nach den österreichischen Nationalratswahlen im Oktober 2017, in denen beide rechte Parteien Stimmenzuwächse verzeichneten (ÖVP: 31,5%; FPÖ: 26%), eine Koalitionsregierung.

In der Schweiz ist die Schweizerische Volkspartei (SVP) seit 1999 die stärkste Partei im Schweizer Nationalrat. Bei den Schweizer Parlamentswahlen 2015 erreichte die SVP mit 29,4% der abgegebenen Stimmen ihren bisher höchsten Wahlanteil. Im Jahr 2007 betrug dieser 29% und im Jahr 2011 26,6%.

In Deutschland hatten Parteien wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Republikaner, die Deutsche Volkunion (DVU) und die Alternative für Deutschland (AfD) immer wieder Wahlerfolge. Die NPD erreichte zum Beispiel bei den Landtagswahlen in Sachsen im Jahr 2004 9,2% der abgegebenen Stimmen, die Republikaner bei den Europawahlen 1989 7,1%, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1992 10,9% und 1996 9,1%, die DVU bei den Landtagswahlen 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9%, die AfD bei Landtagswahlen des Jahres 2016 15,1% in Baden-Württemberg, 14,2% in Berlin, 20,8% in Mecklenburg-Vorpommern, 12,6% in Rheinland-Pfalz und 24,3% in Sachsen-Anhalt. Bei den Bundestagswahlen 2017 wurde die AfD mit 12,6% der abgegebenen Stimmen und 69 Abgeordneten drittstärkste Partei. Angesichts der Neuaufgabe der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD hat sie damit auch die Oppositionsführerschaft inne.

Diskutieren wir rechte Politik im deutschsprachigen Raum, so sollte nicht vergessen werden, wie unmenschlich die »Troika« unter der Führung des damaligen deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble Griechenland behandelt und in ein Austeritätslabor verwandelt hat, in dem damit experimentiert wird, wie weit die Gewalt des Neoliberalismus getrieben werden kann. Die Folge davon ist eine permanente soziale Krise Griechenlands. Der Diskurs über Griechenland ist in Deutschland oft mit xenophoben Vorurteilen über die angeblich »faulen Griechen« verbunden, der mehrere Dinge völlig außer Acht lässt. Erstens hat das deutsche Kapital eine wesentliche Rolle bei der Etablierung der Zentrum-Peripherie-Verhältnisse der EU gespielt, was zu einer Abhängigkeit Südeuropas, zu dem Griechenland zählt, mitsamt der daraus folgenden Entwicklung der Unterentwicklung geführt hat. Zweitens hat die Vorgehensweise gegenüber Griechenland dazu beigetragen, die Legitimitätskrise der EU voranzutreiben, die durch den Brexit und das Nichttagieren der EU gegen rechtsautoritäre Politik etlicher Mitgliedsländer in der Flüchtlingsfrage wei-

ter verschärft wurde. Und drittens sollte man nicht vergessen, dass Deutschland nach der Besetzung Griechenlands 1941 die neue Kolonie zwang, dem Nazi-Staat einen zinsfreien Kredit zu geben, der niemals zurückbezahlt wurde und dessen Höhe heute vermutlich an die der Schulden Griechenlands heranreicht oder sie sogar übersteigt. Die Frage, die man sich heute also bezüglich Griechenland stellen sollte, ist in diesem Zusammenhang, wann Deutschland endlich seine Nazi-Schulden an das krisengeplagte Land zurückzahlt. Die Befürworter der rechten Wirtschafts- und Finanzpolitik von Wolfgang Schäuble sollten sich deshalb an Max Horkheimers Mahnung erinnern: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«

FPÖ-Führer Strache, der momentan auf Facebook mehr als 770.000 Follower (Stand April 2018) hat, gratulierte Donald Trump auf Facebook zu dessen Wahlsieg: »Herzliche Gratulation, dem neu gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Donald J. Trump! Die politische Linke und das abgehobene sowie verfilzte Establishment wird Zug um Zug vom Wähler abgestraft und aus diversen Entscheidungsfunktionen herausgewählt. Gut so, denn das Recht geht vom Volk aus.« Auch die damalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry, die auf Twitter über 56.000 und auf Facebook über 200.000 Follower hat (Stand März 2018), gab auf Twitter ihrer Freude über Trumps Wahlerfolg mit folgenden Worten Ausdruck: »Die Amerikaner haben sich für den politischen Neuanfang und gegen Filz/Korruption entschieden – diese Chance ist historisch. #Trump.«

Nachdem Trump den Ausstieg aus dem Pariser Klima-Abkommen ankündigte, bekam er Lob von der Schweizerischen Volkspartei, der zufolge er »damit eines seiner Wahlversprechen« umgesetzt habe. Weiterhin ließ sie verlautbaren: »Deshalb hat die SVP dieses sinnlose Pariser Abkommen bereits in der Frühlingssession im Nationalrat als einzige Partei klar abgelehnt. [...] Denn auch für die SVP kommen die Bürgerinnen und Bürger unseres eigenen Landes immer an erster Stelle. Dazu gehört, dass internationale Verträge, welche uns als souveräner Nation mehr schaden als nützen, neu zu verhandeln und notfalls eben einfach zu kündigen sind.«

Es ist also mehr als wichtig, dass kritische Wissenschaftler und Forscher Studien darüber anstellen, wie rechter Autoritarismus im deutschsprachigen Raum funktioniert und öffentlich sowie auf sozialen Medien propagiert wird.

Der vom rechten Autoritarismus betriebene und zum Leitprinzip erhobene Nationalismus kommt vor allem in Zeiten tiefer Krisen des Kapitalismus zum Vorschein und kann heute, wie bereits ausgeführt, in vielen Ländern beobachtet werden. Computervermittelte Kommunikationstechnologien stellen dabei ein Medium zur öffentlichen Kommunikation rechtsautoritärer Ideologie und der Vernetzung ihrer Demagogen und Anhänger auf nationaler und internationaler Ebene dar.

Wir erleben heute eine spezifische politische Form der negativen Dialektik: Der neoliberale Kapitalismus hat zu so viel Ungerechtigkeit geführt, dass er neue, besorgniserregende Formen annimmt, die in diesem Buch diskutiert werden. Da die linken Kräfte aber in vielen Ländern wesentlich schwächer sind als die Rechten und rechtsextreme Ideologien einfache und populistische Antworten auf komplexe Krisen und Probleme geben, erleben wir eine Stärkung des rechten Randes, der immer mehr zum Mainstream wird. Der neoliberale Kapitalismus schlägt in einer negativen Dialektik tendenziell in einen autoritären Kapitalismus um. Eine kritische Gesellschaftstheorie muss ebenso, besonders heutzutage, eine kritische Theorie des Nationalismus, des rechten Autoritarismus und des autoritären Kapitalismus sein – und vor allem auch eine kritische Theorie der Kommunikation. Ihre Aufgabe ist es, zum besseren und kritischen Verständnis der beunruhigenden Erscheinungen der negativen Dialektik beizutragen und einen Beitrag zu den Idealen des Humanismus und Sozialismus zu leisten, die im Kampf gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit für die Vision einer Gesellschaft stehen, in der dem rechten Autoritarismus die Fundamente entzogen worden sind.

*Christian Fuchs
London
7. März 2018*

Einleitung

1. Beispiele für die Verbreitung des rechten Autoritarismus

Wir leben in unsicheren politischen Zeiten, in denen die Intensivierung der Krisen in die Entstehung des autoritären Kapitalismus umgeschlagen ist. »Im Jahr 2016 gerieten die Menschenwürde und die Gleichberechtigung, die Inbegriffe der Menschheit als einer Familie, unter heftigen und unerbittlichen Beschuss durch gewaltige Schuldzuweisungen, das Schüren von Angst und Sündenbockpolitik aufseiten jener, die um jeden Preis die Macht zu erobern oder zu verteidigen suchen. [...] Donald Trumps giftige Kampagnenrhetorik veranschaulicht den globalen Trend zu einer zornigeren und mehr und mehr polarisierenden Politik. In der ganzen Welt setzten an die Macht strebende Politiker auf Diskurse der Angst und Zwietracht, die die Schuld an den wirklichen und eingebildeten Beschwerden der Wählerschaft den ›Anderen‹ zuschoben.« (Amnesty International 2017, 12)

Donald Trump: »America First«

In den USA gewann Donald Trump die Präsidentschaftswahl mit einer nationalistischen Kampagne, die versprach, »zuerst an Amerika« (»America First«) zu denken und »Amerika wieder groß zu machen« (»Make America great again«). Er griff dabei auf zahlreiche Vorurteile zurück. Beispielsweise setzte er Einwanderer mit Kriminellen gleich: »Leute kommen über die Grenze, sie kommen von überall her, und sie sind schlecht, sie sind wirklich schlecht. [...] Sie haben Leute, die reinkommen, und ich sage nicht nur Mexikaner. Ich spreche über Leute, die von überall herkommen, Mörder und Vergewaltiger sind, ich meine, sie kommen in dieses Land.« (Trump 2015c) Nicht nur anhand dieses vielsagenden Zitats wird deutlich, wie richtig Amnesty International mit folgender Einschätzung liegt: »Auf der politischen Bühne war wahrscheinlich die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA das verheerendste Ereignis. Seine Wahl folgte einer Kampagne, in der er häufig eine tief spaltende und von Frauenfeindlichkeit sowie Xenophobie geprägte Rhetorik verwendete und versprach, bestehende Bürgerrechte zurückzudrängen und hochgradig menschenrechtswidrige Gesetze einzuführen.« (Amnesty International 2017, 12)

Indien: Narendra Modi

In Indien kam 2014 die Bharatiya Janata Partei (BJP) an die Macht. Seither hat sich unter Premierminister Narendra Modi der Hindu-Nationalismus ausgebreitet. Im Jahre 2016 »setzten die Behörden repressive Gesetze ein, um die Meinungsfreiheit einzuschränken und Kritiker stillzustellen. Menschenrechts-

vertreter und Menschenrechtsorganisationen waren weiterhin Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, Bürgerwehren zum Schutz der Kühe führten mehrere Angriffe aus. Tausende protestierten gegen die Diskriminierung von und Gewalt gegen Gemeinschaften der Dalits.« (Ebd., 183) Anklagen wegen Volksverhetzung wurden unter anderem gegen den Studentenführer Kanhaiya Kumar von der Jawaharlal-Nehru-Universität eingebracht, der im Jahr 2016 angeblich »indienfeindliche« Parolen geschrien hat. Kumar kommentierte diesen Umstand folgendermaßen: »Diese Regierung hat diktatorische und faschistische Mittel angewendet. Die, die sich gegen sie und ihre Ideologie aussprechen, werden als Volksfeinde gebrandmarkt. Solche Gesetze, wie jene über die Volksverhetzung, werden in einem liberaldemokratischen Staat nicht benötigt. Sie werden missbraucht und von dieser Regierung als politisches Werkzeug eingesetzt. Das Gesetz wurde noch von der Kolonialmacht aufgesetzt und seither nicht mehr geändert. Es wurde auf die gleiche Weise wie von den Briten eingesetzt. [...] Die Regierung attackiert Bildungsinstitutionen. Es gibt kontinuierliche Angriffe auf Indiens Intellektuelle, die vom Schutz der Verfassung, der Menschenrechte und der Freiheit sprechen. [...] Der Umfang der Meinungsfreiheit wurde nicht eingeschränkt, steht aber unter ständigem Angriff durch die Regierung.« (Khalid 2016)

Türkei: Recep Tayyip Erdoğan

Der türkische Staat ist unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, AKP) immer autoritärer geworden: »Am 15. Juli [2016] starteten Armeefraktionen einen gewalttätigen Umsturzversuch, der schnell unterdrückt wurde. [...] Die Meinungsfreiheit verschlechterte sich dieses Jahr stark. Nach der Erklärung eines Ausnahmezustandes wurden 118 Journalisten in Untersuchungshaft genommen und 184 Medien wurden durch eine Verordnung willkürlich und dauerhaft stillgelegt, wodurch die Oppositionsmedien schwer eingeschränkt sind. Menschen, die speziell in der Kurdenfrage abweichende Meinungen äußern, wurden mit Gewalt und Strafverfolgung bedroht. Die Zensur des Internets hat zugenommen. Im November wurden durch eine Verordnung mindestens 375 Nichtregierungsorganisationen geschlossen, darunter Frauenrechtsgruppen, Rechtsanwaltsverbände und humanitäre Organisationen. [...] Unterzeichner einer im Januar verabschiedeten Petition der Akademiker für den Frieden, die sich für eine Rückkehr zu den Friedensverhandlungen und eine Anerkennung der Forderungen der kurdischen politischen Bewegung ausspricht, wurden mit Gewalt bedroht und es wurden Verwaltungs- und Strafverfahren gegen sie eingeleitet. Vier Unterzeichner wurden bis zu einer gerichtlichen Anhörung im April inhaftiert. Sie wurden freigelassen, aber nicht freigesprochen. Bis zum Ende des Jahres wurden Verwaltungsverfahren gegen 490 Akademiker eingeleitet und 142 wurden entlassen. Seit

dem Umsturzversuch sind formelle Strafverfahren gegen mehr als 1.100 Unterzeichner eingeleitet worden.« (Amnesty International 2017, 367, 368)

Die Petition »Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein« der Initiative »Akademiker für den Frieden«, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung am 11. Januar 2016 von 1.128 türkischen und ausländischen Akademikern unterzeichnet wurde, verlangt, dass die türkische Regierung »Bedingungen für Verhandlungen und einen Leitfaden schafft, die zu dauerhaftem Frieden führen würden, wozu die Forderungen der kurdischen politischen Bewegung gehören«, sowie »ein sofortiges Ende der durch den Staat verübten Gewalt«.¹ Erdoğan nannte die Unterzeichner »sogenannte Intellektuelle« und eine »fünfte Kolonne« (Weaver 2016). Viele der Akademiker für den Frieden verloren im Zuge der Maßregelung der angeblichen Unterstützer von Fethullah Gülen ihre Jobs. Sie haben außerdem Berufsverbot im türkischen öffentlichen Dienst erhalten. Viele Journalisten und Oppositionspolitiker wurden angeklagt oder inhaftiert. Noam Chomsky (2016a), der die Petition unterzeichnete, argumentiert, dass Erdoğan ein »zutiefst autoritäres Regime« installiert hat.

Philippinen: Rodrigo Duterte

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte ließ sich im Jahr 2016 zu der folgenden ungeheuerlichen Aussage hinreißen: »Hitler hat drei Millionen Juden massakriert. Heute gibt es drei Millionen Drogenabhängige. Ich würde Freude daran haben, sie abzuschlachten.« (Holmes 2016) »Die Regierung [der Philippinen] startete [im Jahr 2016] eine Kampagne, um gegen Drogen durchzugreifen, in der mehr als 6.000 Menschen getötet wurden. Nichtidentifizierte Bewaffnete und Milizen töteten auch Menschenrechtsverteidiger sowie Journalisten [...]. Diese Morde folgten auf die Wahl von Präsident Duterte, der wiederholt öffentlich die Inhaftierung und Tötung von Drogensüchtigen und Dealern unterstützte. Es ist von keinem Polizeibeamten oder sonst jemandem bekannt, der für die 6.000 Toten zur Verantwortung gezogen wurde.« (Amnesty International 2017, 295)

Europa: Viktor Orbán, Heinz Christian Strache...

»Im Jahr 2016 wurde in Ungarn das systematische Vorgehen gegen die Rechte von Flüchtlingen und Migranten trotz wachsender internationaler Kritik fortgesetzt. [...] Die Inhaftierung von Asylsuchenden wurde im Land ohne die Garantie ihrer Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit fortgesetzt. [...] Die Regierung gab über 20 Millionen Euro für Kommunikationskampagnen aus, in denen Flüchtlinge und Migranten als Kriminelle und Gefahr für die nationale Sicherheit bezeichnet wurden. Im Oktober hielt sie ein

¹ <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article36944>

Referendum über ihre Opposition zur Verlegung von Asylsuchenden nach Ungarn ab, die im Rahmen eines EU-weiten Programmes geplant ist. Die Volksbefragung war wegen einer zu geringen Wahlbeteiligung ungültig.« (Amnesty International 2017, 181, 182, 183) Ungarns Premierminister Viktor Orbán bezeichnete Einwanderung als »Gift, das wir nicht brauchen und das wir nicht schlucken werden«, und sagte, dass »jeder einzelne Einwanderer ein Risiko für die öffentliche Sicherheit und ein Terrorrisiko« darstellt (Guardian 2016).

Im Sommer 2017 führte Orbáns Partei Fidesz eine Kampagne, in der Poster verwendet wurden, die ein Bild des Philanthropen George Soros und die Aufschriften »Lasst Soros nicht den letzten Lacher haben« und »99 Prozent sind gegen illegale Einwanderungen« zeigten. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, Soros würde illegale Einwanderung nach Ungarn fördern. Die Kampagne wurde von vielen als antisemitisch verurteilt.

In Österreich hat die Freiheitliche Partei (FPÖ) unter Heinz Christian Strache Wahlkampfslogans wie »Daham statt Islam. WIR für EUCh«, »Wien darf nicht Istanbul werden« und »Mehr Mut für unser ›Wiener Blut: Zu viel Fremdes tut niemandem gut« verwendet. In der Präsidentschaftsstichwahl 2016 erreichte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer 46,2% der Stimmen (Fuchs 2016d).

In Frankreich spricht die Anführerin des Front National, Marine Le Pen, von Einwanderung als »der organisierten Ersetzung unserer Bevölkerung. Dadurch wird unser Überleben bedroht. Wir haben nicht die Mittel dazu, die, die schon hier sind, zu integrieren. Das Ergebnis ist ein unaufhörlicher kultureller Konflikt.« (RT 2011)

In den Niederlanden forderte Geert Wilders von der Partei für die Freiheit (PVV) eine »Kopftuchsteuer« in Höhe von 1.000 Euro, die er unter Verweis auf das Prinzip »Der Verschmutzer bezahlt« rechtfertigte (Steen 2010).²

Nigel Farage UKIP verwendete bei ihrer Kampagne im Zusammenhang mit dem EU-Referendum Großbritanniens im Jahr 2016 Plakate mit der Aufschrift »ZERREISSGRENZE: Die EU hat für uns alle versagt. Wir müssen uns von der EU befreien und die Kontrolle über unsere Grenzen zurückgewinnen«. Dieser Slogan wurde von einem Bild begleitet, das Tausende Flüchtlinge zeigt.³ Einige wiesen auf die Parallelen zu Nazi-Propagandafilmen hin, die Bilder von Juden zeigten, die von der folgenden Botschaft begleitet wurden: »Das sind jene Ostjudentypen, die besonders nach dem Weltkriege die Großstädte Mittel- und Westeuropas überschwemmten, wo sie als Parasiten ihre Gastvölker zersetzen«.

² Siehe auch <http://www.watwilwilders.nl/WildersbeledigtgroepenEN.html>

³ Siehe <https://twitter.com/bonn1egreer/status/743389716624642048>

ten und tausendjährige Kulturen zu vernichten drohten. Wo sie auch auftauchten, brachten sie Verbrechen, Korruption und Chaos mit sich.« (Bartlett 2016)⁴

»In mehreren europäischen Ländern kam es [im Jahr 2017] zu einer Zunahme der Hassverbrechen gegen Asylsuchende, Muslime und ausländische Staatsangehörige. In Deutschland gab es einen starken Anstieg der Angriffe auf Asylantenheime und in Großbritannien nahmen die Hassverbrechen in den drei Monaten nach dem Juni-Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) im Vergleich zu derselben Periode im Vorjahr um 14 Prozent zu.« (Amnesty International 2017, 44)

2. Aufbau und Gliederung des Buches

Dies sind nur einige Beispiele, die die weite Verbreitung des rechten Autoritarismus dokumentieren. Unsere Zeit ist geprägt von Wirtschaftskrisen, Kriegen und politischen Konflikten. Rechts-rechte Demagogen machen sich diese Unsicherheiten und die daraus resultierenden Ängste für ihre Zwecke zunutze. Sie lenken die Aufmerksamkeit von den komplexen gesellschaftlichen Ursachen dieser Krisen ab, indem Sündenböcke konstruiert und Nationalismus sowie Law & Order-Politik gepredigt werden. Die Ausbreitung neuer Nationalismen und autoritärer Politik erinnert dabei an vergangene Zeiten. Die Gefahr dabei ist, dass sich die Geschichte wiederholen kann. Parallel zu diesen politischen Entwicklungen erleben wir die Entstehung und Etablierung neuer Technologien, wie soziale Medien, Big Data, das Internet der Dinge, Cloud Computing, intelligente Technologien usw. Das Alte und das Neue sind in der Gegenwart auf komplexe Weise miteinander verbunden und ineinander verwoben. Der rechte Autoritarismus erlebt heutzutage eine besorgniserregende Renaissance und greift für die Verbreitung seiner Ideen auf neue Technologien wie die sozialen Medien zurück. Donald Trump ist ein Präsident, der die zwei Kommunikationsmittel des Reality-TVs (*The Apprentice*) und der sozialen Medien (Twitter) in prototypischer Weise nutzt, um alte ideologische Botschaften über neue Medien zu kommunizieren, wobei diese Ideologien im Zeitalter des Internet-spektakels neue Formen annehmen.

Dieses Buch stellt folgende Fragen ins Zentrum: Was ist autoritärer Kapitalismus? Wie wird der autoritäre Kapitalismus auf sozialen Medien kommuniziert? Es arbeitet Grundlagen einer zeitgenössischen kritischen Theorie des rechten Autoritarismus und autoritären Kapitalismus aus. Dazu wird die kri-

⁴ Das Zitat aus der Nazi-Filmpropaganda stammt im deutschen Original aus dem Dokumentarfilm *Auschwitz: Inside the Nazi State, Episode 1: Surprising Beginnings* (BBC 2005).

tische Theorie des Autoritarismus, die von der Frankfurter Schule entworfen wurde, aktualisiert. Das Buch verwendet die Arbeiten von Denkern wie Franz Neumann, Theodor W. Adorno, Erich Fromm, Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Wilhelm Reich, Klaus Theweleit und Leo Löwenthal. Es analysiert, wie der rechte Autoritarismus agiert und wie er auf Plattformen und sozialen Medien, insbesondere Twitter, kommuniziert wird.

Das 1. Kapitel beschäftigt sich mit den theoretischen Grundlagen dieses Buches und setzt sich dazu mit grundlegenden theoretischen Konzepten auseinander. Es erfolgt eine Diskussion über die Begriffe Ideologie (Abschnitt 1), Nationalismus (Abschnitt 2) und Faschismus (Abschnitt 3).

Das daran anschließende Kapitel 2 arbeitet theoretische Grundlagen für das Verständnis des rechten Autoritarismus und des autoritären Kapitalismus heraus.

Kapitel 3 und 4 analysieren die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Aspekte der Macht im Zeitalter von Donald Trump mithilfe der kritischen Gesellschaftstheorie von Denkern wie Franz Neumann, Theodor W. Adorno und Erich Fromm. Während es im 3. Kapitel um die Aspekte der politischen Ökonomie (»Trumpismus« als der autoritäre kapitalistische Staat Donald Trumps) geht, beschäftigt sich das 4. Kapitel mit Trumps Ideologie (der sogenannten Trumpologie).

Beide Kapitel analysieren also die Veränderungen des US-Kapitalismus, die zusammen mit politischer Angstmacherei und Demagogie den Aufstieg Donald Trumps begünstigt haben. Um Trump und seine Regierung besser verstehen zu können, wird dabei auf staatstheoretische Überlegungen zurückgegriffen. Außerdem wird darauf eingegangen, wie sich die Politik in den Vereinigten Staaten unter Trump im Allgemeinen und im Besonderen verändert. Dazu bedarf es einer Analyse der Komplexität des Staates, wozu das dynamische Verhältnis des Staates zur Wirtschaft und zu den Bürgerinnen und Bürgern, inner- und zwischenstaatliche Beziehungen, semiotische Repräsentationen und Ideologien des und über den Staat zu zählen sind. Der Trumpismus und seine möglichen Auswirkungen werden entlang dieser Dimensionen analysiert. Die Ideologie Trumps (Trumpologie) hat nicht nur eine wichtige Rolle in seiner Unternehmens- und Vermarktungsstrategie gespielt, sondern auch bei seinem politischen Aufstieg. Die (pseudo)kritischen Mainstream-Medien haben dabei mitgeholfen, Trump und seine Trumpologie zu popularisieren, indem sie ihm eine Plattform für seine demagogischen Spektakel geboten haben, die sich als Nachrichten verkaufen und Zuschauer sowie Werbekunden anlocken. Indem Trump für Nachrichten in den Medien sorgt, schaffen die Medien Trump als Marke. Eine empirische Untersuchung von Trumps Rhetorik in den Ausscheidungsszenen (»You're fired!«) der NBC-Show *The Apprentice*, die er bis 2015 moderierte, hilft bei der Analyse der Trumpologie.

Das 5. Kapitel analysiert schließlich, wie Donald Trump Twitter für die Kommunikation einer autoritären Ideologie benutzt. Es greift auf die kritische Theorie des autoritären Charakters als theoretische Grundlage zurück, um den rechten Autoritarismus besser verstehen zu können, und bedient sich der Arbeiten von Wilhelm Reich, Erich Fromm und Theodor W. Adorno. Hierarchische Führung, Nationalismus, das Freund/Feind-Schema und das militaristische Patriarchat werden als die zentralen Elemente des rechten Autoritarismus diskutiert. Auf Basis dieser theoretischen Grundlagen werden die Ergebnisse einer kritischen Diskursanalyse präsentiert, die sich mit 1.815 Tweets auseinandersetzt, die Donald Trump zwischen Juli 2016 und Januar 2017 veröffentlichte. Das Kapitel soll zeigen, wie der rechte Autoritarismus auf den Plattformen sozialer Medien, insbesondere Twitter, funktioniert.

Das Buch versteht sich als Beitrag zur Analyse und kritischen Theorie des Nationalismus und Autoritarismus im Zeitalter der sozialen Medien (Stichwort: Nationalismus 2.0). Im 6. Kapitel werden einige Schlussfolgerungen über den autoritären Kapitalismus gezogen und Auswege sowie Alternativen aufgezeigt. Die präsentierte Arbeit steht dabei in der Tradition der theoretischen und empirischen Ideologiekritik. Die Begriffe Ideologie, Nationalismus und Faschismus durchziehen das gesamte Buch, deshalb werden sie im folgenden Kapitel näher beleuchtet.